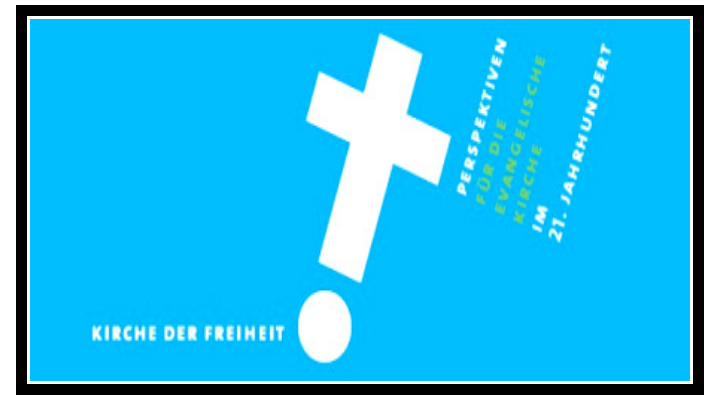


# Abschied von „Kirche der Freiheit“ (KdF), dem Impulspapier der EKD?

## Trauer um die vergeudete Kraft und Zeit seit 2006?

Der Vizepräsident der EKD Thies Gundlach auf der Tagung der Evangelischen Akademie Berlin zur Bilanz von 10 Jahren EKBO „Wie Fusion stark macht“ am 1. März 2014:

Er wolle nicht der letzte der Mohikaner sein, der zu dieser Schrift stehe. Seinem Vortrag gab er die Überschrift: „Als Fusionen noch geholfen haben“.



**Was ist seit Mai letzten Jahres passiert?** In der 1. Ausgabe unserer Zeitung berichteten wir über den Vortrag Gundlachs auf einer Tagung in Greifswald, in der er die nächsten 40 Jahre als eine Zeit der Wüstenwanderung beschrieb. Als er dieses Mal danach gefragt wurde, wollte er von der Wüstenwanderung nicht mehr sprechen, sondern lieber über das gelobte Land.



Foto: Presseabt. der EKD

Thies Gundlach, Vizepräsident der EKD in Hannover, Leiter der Abteilung „Kirchliche Handlungsfelder“

Eine erneute Mitgliedschaftsstudie, vorgestellt am 6. März von der EKD, ergäbe, dass allein die Gemeindepfarrerinnen und -pfarrer einem weiteren Kreis von Gemeindegliedern und Außenstehenden namentlich bekannt seien. Bei den gemeindlichen Mitarbeitern sähe dies schon anders aus, erst recht wüsste niemand, was ein Kirchenkreis sei. Somit schien mir die Schlussfolgerung nahe zu liegen, dass die Verlagerung möglichst vieler Kompetenzen auf den Kirchenkreis, also die Stärkung der mittleren Ebene der verkehrte Weg war wenn es darum gehen sollte, wahrgenommen zu werden.

Gundlach betonte, dass in „Kirche der Freiheit“ die Gemeinde als Basis der Kirche und der Kirchenkreis als Dienstleistungsebene verstanden wurden. Möchte er deshalb nun Abschied von diesem Papier nehmen?

Fusionen dienen dem Rückbau und Rückbau sei weiterhin nötig, so Gundlach, denn bei der Arbeitsverdichtung sei man an ein Ende gelangt. Die Zahl der Erschöpften nehme zu, nicht nur unter der älteren Generation, sondern auch in der jüngeren und unter den Ehrenamtlichen.

Nicht die Finanzierbarkeit sei der Grund, denn um die Finanzen stehe es ja nicht so schlecht. Inhaltlich könne man das große Gewand nicht mehr füllen. Fusionen würden gebraucht, um wieder Theologie treiben zu können. Das Reformationsjubiläum biete dazu eine günstige Gelegenheit.

Auch die Klöster seien künftig wichtig. Um Menschen zur Kirche zurück zu gewinnen, würden wir größere Einheiten als die Gemeinden benötigen, um viele verschiedene Angebote machen zu können.

### Fehler wurden in den letzten 10 bis 15 Jahren begangen.

Statt sich auf die Innovativen und Frühüberzeugten vom Reformprozess zu konzentrieren, habe man sich zu sehr um die Nachzügler bemüht.

Die 1994 in Hamburg gegründete Unternehmensberatung **Litschke Consulting** habe Kirchenkreisfusionen evaluiert, damit die kirchliche Organisation nach den gemachten Erfahrungen künftig effizient und „schlagkräftig“ „aufgestellt“ werden könne.

Klar sei, die Fusionen auf Kirchenkreis und Gemeindeebene haben zu einem Rückgang der Zahl der Ehrenamtlichen geführt.

Kosten, die durch Schließung von Gemeindebüros eingespart wurden, seien neu durch erhöhte Fahrtkosten entstanden. Gespart wurde durch die Fusionen nicht.

Problematisch seien die Zielvorgaben bei Fusionen gewesen. Sie waren oft rein organisatorisch: „Die Finanzen sollen besser aufgestellt werden.“ Ziele würden sich oft nicht einhalten lassen. Das heißt also: sie wurden nicht erreicht.

Ohne einen organisatorischen und finanziellen Druck bewege sich gar nichts.

Die missionarischen Anstrengungen der letzten 10 bis 15 Jahre seien nach Einschätzung von Prof. M. Herbst, Greifswald, bei uns selbst steckengeblieben.

Dagmar Reim, Intendantin des rbb wurde in der Diskussion danach gefragt, ob es für den Fusionsprozess von SFB und ORB externe Berater gegeben habe. Sie antwortete: Sie komme vom NDR aus Hamburg und sei dort in dieser Hinsicht traumatisiert worden. Zuerst würden die Mitarbeiter von den Externen ausgequetscht wie eine Zitrone und dann das Ergebnis dem Chef für viel Geld verkauft.

Von den ihr anvertrauten Mitteln habe sie nicht einen Cent dafür ausgeben wollen, sondern die Fusion aus eigener Kraft gestaltet. Wichtig waren ihr:

- das Prinzip der absoluten Ehrlichkeit gegenüber den Mitarbeitern,
- nichts schön zu reden
- und die jeweiligen Traditionen der Fusionspartner zu achten und wertzuschätzen.

Hilfreich sei es gewesen, gemischte Teams zu bilden und Umzüge, also Neuanfänge. Auch habe sie nie danach gefragt, woher jemand komme, sondern was er könne.

Bischof Dr. M. Dröge betonte in seinem Beitrag die Freiwilligkeit von Fusionen in der Landeskirche.

Im Unterschied zur Pfalz und zur Rheinländischen Kirche habe man es den Gemeinden nicht zur Pflicht gemacht, eine Konzeption zu entwickeln. Wichtig sei, dass sich die Gemeinden in Netzwerke einbringen und mindestens eine „Kontaktfläche“ zu nichtkirchlichen Trägern haben.

### Mein Resümee:

Weiterhin wird Kirche von oben nach unten gedacht, statt von der Basis der Gemeinde und den Menschen vor Ort her.

Der Hinweis auf das andere Gemeindeverständnis von „Kirche der Freiheit“ und auf die Ergebnisse der V. Mitgliedschaftsstudie der EKD bewirkten keine Änderung des Blicks auf Kirche bei Th. Gundlach.

So schmort „Kirche“ weiterhin im eigenen Saft. Trotz der im weiteren Verlauf der Tagung von Manfred Stolpe und der Intendantin des rbb Dagmar Reim gewährten Blicke in die Gesellschaft, zeigte der Vizepräsident der EKD nur zwei Kontaktflächen zur Gesellschaft außerhalb von Kirche: die oben genannte Unternehmensberatung und in seiner Sprache. Immer wieder tauchten Wörter auf, die in dem auf Seite 11 dieser Zeitung vorgestellten „Wörterbuch des technokratischen Unmenschen“ besprochen werden, bis hin zu „sexy“.

Vermisst wurde von den Teilnehmern der Tagung ein geistlicher Beginn durch den begrüßenden Akademie-„Studienleiter für demokratische Kultur und Kirche im ländlichen Raum“ Heinz-Joachim Lohmann. Am Ende des Tages dagegen hatte er einen Segenswunsch für die Abreisenden auf den Lippen. Ein Lied, ein Gebet oder gar eine Andacht. hätten angesichts der Wichtigkeit des Themas gut getan. Muss die Struktur unserer Kirche kleiner werden, damit überlastete Theologen in leitender Verantwortung in Zukunft wieder Zeit haben, dies vorzubereiten?

Katharina Dang

**Auf seiner Sitzung am 3. März 2014 zog der Vorstand des „Gemeindebundes in der EKBO“ Schlussfolgerungen aus dieser neuen Wertung von „Kirche der Freiheit“ und des Reformprozesses in der EKBO**

Im Hinblick auf die folgenden Standpunkte und Forderungen wurde Einigkeit erzielt:

**1. Wir bleiben dabei, dass die Ortsgemeinde die Basis unserer Kirche ist**, das heißt, die Menschen, die sich an einem Ort regelmäßig zum Hören auf Gottes Wort und zur Feier der Sakramente versammeln und sich gemeinsam bemühen, Jesu Nachfolger zu sein.

**2. Wir fordern den Stopp der Verschwendung kirchlicher Steuergelder und Spenden durch den weiteren Ausbau der digitalen Erfassung von Gemeindegliedern** nach dem auf der Herbstsynode 2013 für die EKBO beschlossenen Gesetz über das Melde-, Kirchenbuch und Statistikwesen in der EKBO (MKSG).

Wir ermuntern die Gemeinden, auch weiterhin Taufen, Konfirmationen, Trauungen und Beerdigungen handschriftlich in Büchern zu erfassen und damit zu verdeutlichen, dass unsere Namen durch die Taufe im Himmel im Buch des Lebens stehen.

**3. Wir fordern den Stopp der Bilanzierung des Vermögens der Gemeinden an Grundstücken, Immobilien und Inventar** und die Wiedereinführung der Kameralistik als Form der Buchhaltung. Gemeindeglieder sind erwachsen genug, um es für ihre Gemeinden einschätzen zu können, welche Gebäude gebraucht und deshalb erhalten werden müssen. Sie sind erfinderisch, um nötige Finanzierungsquellen zu erschließen, wenn die eigenen Mittel nicht reichen.

**4. Wir warnen die Gemeinden dringend davor, ihre Selbständigkeit aufzugeben**, um die hohen Ansprüche und Vorgaben der Landessynode im Blick auf die Verwaltung erfüllen zu können. Jede Gemeinde hat das Recht, Anträge an die Landessynode zu stellen. Die zur Zeit oder ab 2015 geltenden Kirchengesetze können genauso gut auch wieder von der Synode außer Kraft gesetzt oder geändert werden, wie sie in den letzten Jahren von ihr beschlossen wurden.

**5. Wir fordern für Ortskirchengemeinden, die nach dem Kirchengesetz über die Gesamtkirchengemeinden (GKGG vom 17. 11. 2012) gegründet wurden, die kirchenrechtliche Möglichkeit, wieder Körperschaften öffentlichen Rechts zu werden**, wenn dies die Gemeindeglieder vor Ort in ihrer Mehrheit wünschen. Nur durch solche Urabstimmungen vor Ort kann Frieden in den Gemeinden einziehen, die durch das Reformmodell in Wittstock-Ruppin ihre Selbständigkeit verloren haben.

**6. Wir fordern die Rehabilitierung der durch Disziplinarverfahren aus ihrem Amt, ihren Gemeinden oder gar in den Wartestand versetzten Pfarrer und Gemeindepädagogen.**

Der Verein „D.A.V.I.D gegen Mobbing in der evangelischen Kirche e.V.“ ([www.david-gegen-mobbing.de](http://www.david-gegen-mobbing.de)) begleitet Deutschland weit Betroffene und hat diese Fälle dokumentiert. Wir erwarten die Rehabilitierung unseres Vorstandsmitglieds Stephan Scheidacker.

**7. Wir erwarten, dass die Kirchenkreise und die kirchlichen Verwaltungsämter wieder subsidäre Dienstleister der Gemeinden werden.** Gemeinden müssen ein Recht haben, sich andere entsprechende Dienstleister zu suchen, wenn die Verwaltung in ihrem Kirchenkreis zu teuer für sie, zu bürokratisch und darum nicht hilfreich, sondern belastend ist.

**8. Führung muss wieder durch das Studium der Heiligen Schrift, im gemeinsamen Gespräch darüber und über die aktuellen Probleme von den Gemeindegliedern, den Konventen und den Synoden ausgehen.** Wenn unsere Kirche so wieder vom Kopf auf die Füße gestellt wird, dann kann auch auf die Ausbildung von Pfarrern in der „Führungsakademie für Kirche und Diakonie“ im Berliner Dom verzichtet werden.

Der Vorstand des „Gemeindebundes in der EKBO“